

Nassauer Anzeiger



Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 6.45 M. mit Frangierlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnummer 25 Pf.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Spalte 50 Pf.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pf.
Die Zeile 200 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elsenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 116

Druck und Verlag:
Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Lahn).

Donnerstag, 7. Oktober 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Gerichtszeitung.

Millionär, Attache und — Raubmörder.

In Wien spielt gegenwärtig ein Prozess, dessen Vorurteilungen zu phantastisch sind, um etwa im Detektivroman verwendet werden zu können. Sie gehören zu jenen Willkürlichkeiten, die wir aus dem Farbenspiel gewisser Sonnenuntergänge kennen: „Man würde es dem Maler nicht glauben.“ Tatbestand: Ein edler Pole, Horoschowsky oder von Horoschowsky, oder Freiherr von Horoschowsky (man weiß nicht genau), im Felde k. u. k. Lin. Offizier, später Spion für Österreich — vielleicht auch für die Gegenseite (man weiß nicht genau), tritt nach dem Zusammenbruch in ukrainische Dienste mit dem Prädikat Attache, liefert politische Arbeit, schiebt nebenher mit allerhand, und trägt schließlich 1 Millionen Kronen in der Tasche herum, ist zwei- bis dreimal verlobt (man weiß nicht genau) und schlägt endlich — um ihm für eine (andere) Million Kronen Juwelen zu rauben, sagt die Anklage, um sich gegen einen Überfall eines polnischen politischen Verfolgers zu schützen, sagt er — einen gleichfalls schwerlich hofreinen Juwelenhändler im Hotel Astoria mit einem Hammer auf den Kopf. Erschwerend für S. ist die Tatsache, daß er sich dem Juwelenhändler mit falschem Namen und falscher Visitenkarte vorgestellt und ihn ins Hotel bestellt hatte, daß er zu einem geplanten Raubzug etwa 1/2 Millionen Kronen mehr gebraucht, als er (wenigstens in der Tasche) hatte; entlassend sind Zeugenaussagen, nach denen er sich schon lange als Verfolger an der Sache Polens verfolgt wählte. Aber es kommt hier vielleicht weniger auf die Rechtslage, als auf die Bedeutung dieses Einzelfalles als Zeitbild an. Wie hier ein Mann von mindestens recht zweifelhafter Eignung in die diplomatische Hincingerät, diese zu allerhand höchst unpolitischen, vielleicht aber letzten Endes auch wieder politischen (man weiß es nicht genau) Schiebungen benutzt, die ihm dank seiner „diplomatischen“ Sozial- und Kontrollfreiheit gelingen und Reichtümer einbringen müssen; das ist ein Kapital, für das sich der Völkerverbund seine eigene Kritik „Wassanierung Österreich-Ungarns“ anlegen müßte!

Kleine Chronik.

Eine große Vermögensschiebung, die im Flugzeug erfolgen sollte, ist bei Heiligensee verhindert worden. Der Polizei war bekannt geworden, daß Schieber eine gewaltige Menge Gold- und Wertsachen aller Art wie Brillanten, Ketten usw., im Flugzeug nach Schweden transportieren wollten. Die vier Schieber wollten sich unter Leitung eines Ingenieurs nach dem Flugplatz Niederneudorf begeben, um von dort aus abzufahren. Die Polizei überraschte sie und beschlagnahmte das Schiebergut, die Schieber wurden festgenommen.

Zusammenstoß. Auf dem Bahnhof Soest stieß der von Ostpreußen kommende Personenzug auf eine haltende Lokomotive. Zwei Wagen des Personenzuges sind entgleist. Der Lokomotivführer erlitt eine schwere Verletzung; der Zugführer wurde leicht verletzt.

Bergmanns Töchterlein.

Roman von Martin Förster.

(Nachdruck nicht gestattet.)

29)

Die gemachte Erfahrung war für sie nicht allein schmerzhaft, sondern im höchsten Grade demütigend. Ihre Liebhaber hatte sie getäuscht, hatte Schmach und Schande über sie gebracht. Würde — mußte sie nun nicht mit tausend Freunden die Gelegenheit begrüßen, dem Unwürdigen ihre Verachtung zu zeigen und sich selbst eine Stellung zu schaffen, die sie plötzlich aus dieser Erniedrigung über den ganzen sie umgebenden Kreis erhob? Mühte nicht ihr verständiger Vater alles aufzubieten, um sie nach dieser Richtung hin zu beeinflussen?

Diedrich war zu weit gegangen, um seinen Wünschen entgegen zu können. Seine Liebe für das Mädchen war mit den Hindernissen nur gewachsen und hatte sich zu einer Leidenschaft gesteigert, welche glaubte, alle Schwierigkeiten überwinden zu können.

Am Abend des Tages, an welchem Franz Degows Verschwinden bekannt wurde, ging Albert Diedrich auf dem schneebedeckten Wege nach Sachse's Hütchen. Er fand den Unteraufseher zu Hause, aber allein.

„Nun, Sachse, was haltet Ihr jetzt von Eurer Schlichtung?“ begann er, während er seine frierenden Hände am Ofen zu erwärmen suchte.

„Was soll ich von ihm halten?“ war die ausweichende Antwort.

Der Besucher lachte höhnisch. „Da bleibt nichts zu wollen,“ sagte er händeringend. „Er ist schuldig. Seht zu, ob Ihr ihn noch verteidigen könnt.“

„Wird mir wohl schwer fallen, Herr Diedrich,“ meinte Sachse gelassen.

„Vielleicht sah er keine Aussicht, seine Unschuld beweisen zu können. Und wenn er es nicht tun konnte, dann hätte er nach meiner Ansicht ins Gefängnis wandern müssen. Jedenfalls recht hübsch von ihm. Euch und seinen vorzüglichen Verteidiger mit den tausend Mark reinzulegen.“

Sachse zuckte die Achseln, ließ sich aber trotz aller Bemerkungen des anderen nicht bewegen, eine Ansicht zu äußern.

Eisenbahndiebe. Eine Bande von Eisenbahndieben wurde bis auf ihren Führer von der Eisenbahnwachstumsstelle und der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gesetzt. Am 25. September wurde auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ein Gültzugwagen erbrochen, wobei den Dieben für mehrere hunderttausend Mark Schmuckgegenstände in die Hände fielen. Die Überwachungsstelle ermittelte, daß auf dem Bahnhof beschäftigte Hilfsarbeiter ihre Hand im Spiele haben mußten. Es gelang jetzt, 19 Personen, darunter eine Frau, zu überführen und festzunehmen. Der Anführer dagegen ist flüchtig und wird gesucht. Bei mehreren Verhaftungen förderte die Durchsuchung der Wohnungen einen Teil der Beute zu Tage.

Ein raffinierter Autodiebstahl. Der Autodiebstahlsforscher Fritz Schweizer aus Groß-Siegersfeld ist das Opfer eines raffinierten Diebstahls geworden. In der Joachimstaler Straße nahm er einen Fahrgast auf, der nach der Alieffstraße fahren wollte. Dort angekommen bat der Fahrgast den Chauffeur, ihm aus der 2. Etage einen Koffer herumerzuholen, mit dem er dann nach einem Bahnhof weiterfahren wollte. Der Autoführer fand jedoch in dem Hause die angegebene Adresse nicht. Als er wieder auf die Straße kam, war der Fahrgast und mit ihm die Autodiebstahlsbande spurlos verschwunden.

Betriebseinschränkung. Wie aus Stuttgart berichtet wird, muß bei den Post-Werken infolge Mangels an Aufrufen von kommenden Woche an eine erhebliche Betriebseinschränkung eintreten. Die wöchentliche Arbeitszeit wird auf 32 Stunden festgesetzt und dauert von Dienstag bis Freitag.

Schulstreik. In Elberfeld sind laut „Berl. Totalanzeiger“ etwa 4000 Schulkinder nach vorausgegangenem Umzuge, an dem auch die Eltern teilnahmen, in einen Schulstreik eingetreten. Es wird die Einführung der weltlichen Schule zum 1. Oktober verlangt, während die Schuldeputation die Schaffung dieser Schule erst zum 1. April beschloffen hat.

Selbsterkenntnis. In einer schwedischen Zeitung erschien dieser Tage ein Rechtsanwalts folgende Anzeige: „Nachdem ich glücklicherweise, wenn auch spät, zu der Einsicht gekommen bin, daß ich nichts von rechtlichen Dingen verstehe, gebe ich hierdurch bekannt, daß ich von nun an keine neuen Rechtsfälle oder sogenannte juristische Aufträge annehme. Föglborg, September 1920. Göran Ebanström.“

Die Wette gewonnen. Wie wir vor einiger Zeit schon berichteten, wollte ein Professor Albert Kemp 10 000 Pfund weiten, daß er 100 Stunden ununterbrochen Klavier spielen könne. Der Mann hat jetzt seine Wette gewonnen. Er hat diese Heldentat wirklich ausgeführt. Er spielte die 100 Stunden und unterbrach sein Spiel selbst nicht, um Speisen oder Getränke zu sich zu nehmen, das heißt er spielte auch, während ihm die Mahlzeiten von dritter Hand eingegeben wurden. Soweit wir unterrichtet sind, hat der Mann dabei weiter keinen Schaden genommen und auch die Personen, die die Wichtigkeit der Wette überprüften, sollen sich den Umständen nach wohl befinden. Nummer 1000 darauf hinge-

wiesen werden, daß die Wette summe nach heutigem deutschem Gelde 2 Millionen Mark beträgt, was ja schließlich nicht ganz zu verachten ist.

Jeder Kaufmann lobt seine Ware! Mit diesem Sprichwort soll in Südwales kraft einer Verfügung des Arbeitssamtes in Sidney gebrochen werden. Danach sollen alle kaufmännischen Angestellten verpflichtet sein, den Kunden die ungeschminkte Wahrheit über die Waren mitzuteilen, die sie kaufen. Die Verkäufer müssen von selbst den Käufer auf die Fehler und Nachteile eines bestimmten Artikels aufmerksam machen, außerdem noch Aufschlüsselung über die Preisbildung, damit sich der Käufer davon überzeugen kann, daß kein zu hoher Prozentsatz verdient wird. Die Angestellten in den Lebensmittelgeschäften müssen bei Androhung von schweren Strafen gut wiegen. — Wenn in Australien die Regierung schon so durchgreifende Maßnahmen für notwendig hält, um der Unreue in Handel und Wandel zu steuern, was für Schritte müßte unsere Regierung erst im Zentrum der Schieber, Wucherer und Nahrungsfälscher in Deutschland, ergreifen? Der Erfolg natürlich durch die strikte Anordnung ist noch nicht garantiert. Vermutlich werden sich auch in Australien Leute finden, die solche Verordnungen mißachten.

Volkswirtschaft.

Höhere Zuckerpreise. Der Reichsrat nahm den Entwurf einer Verordnung über Zucker und Melasse an. Danach wird die Zwangsbevorratung von Zucker rüben fallen gelassen und die Bewirtschaftung der Melasse aufgehoben. Auch die Einfuhrzentralisation für Zuckerrüben wird aufgehoben. Als Grundpreis für den Zentner Verbrauchsucker, der aus Fabriken bezogen wird, gilt 275 Mark. Dazu kommt aber ein Aufschlag von 5 Mark für den Zentner für den im Betriebsjahr 1920—21 gelieferten Verbrauchsucker. Bei den neuen Preisen würde ein Pfund Zucker im Kleinhandel etwa 3,50 Mark kosten. Die Verordnung soll bereits am 1. Oktober in Kraft treten. Der Reichsrat genehmigte ferner die Verordnung über die Kenderung der Postordnung dahingehend, daß die höchste Grenze für Nachnahmepaete von 1000 Mark auf 5000 Mark erhöht wird. Die Kenderung gilt nur für den Ortsbestellbezirk.

Humoristisches.

Nicht zeitgemäß. Der Maler: „Rein, die Kunst bringt jetzt weiß Gott nichts ein!“ — „Was malen Sie denn, junger Freund?“ — „Ich male Pferde.“ — „Ja, das glaube ich, lieber Mann! Warum gehen Sie nicht mit der Zeit und malen Automobile?“ —

Der gute Ton. „Ist es wahr, daß du dich mit dem Affessor Bärenkranz verloben willst?“ — „Ja, lieber Onkel, das gehört nämlich zum guten Ton, mit ihm verlobt gewesen zu sein.“

Bedenklich. „Ich strafe dich nur,“ sagte der Vater, „um dir meine Liebe zu beweisen.“ — „Ja“, schluchzte der kleine Sünder, „da hast du Glück, Papa, daß ich noch nicht groß genug bin, um dir diese Liebe zu vergelten.“

„Das meine ich auch. Gehörte er mit zu den Streikenden damals, als der alte Wiedemann seinen jammervollen Tod fand?“

„Ja,“ antwortete Sachse mit plötzlich verfinstertem Gesicht. Die Erinnerung an jenes düstere Mitternachtsgemälde auf der Langenauer Chaussee war der schwärzeste Punkt in seinem Leben.

Seine Gefühle standen zu denen seines Gastes in vollkommenem Einklang. Doch mußte dieser letztere seine Gründe haben, gerade jetzt ein Bild aufzurollen, welches jeder am liebsten mit Nacht und Schweigen bedeckt hätte.

Ein sonderbares Zusammentreffen war es doch,“ sagte er, wie in ein tiefes Nachdenken verloren, „dieser überraschende Todesfall in dem Moment, wo jeder Einzelne ihn hätte mit den Händen würgen mögen.“

„Sehr sonderbar,“ murmelte der andere beistimmend und hätte am liebsten hinzugefügt: „Denn für Sie, mein werter Herr Diedrich, so günstig, wie es nur in der Welt möglich war.“

„Nun, vielleicht ging alles ganz natürlich zu. Wenigstens kam nichts heraus.“

„Was hätte denn dabei herauskommen sollen?“ fragte Sachse in verändertem Tone.

„Wer kann es sagen?“ meinte der andere achselzuckend. „Nun, was also diesen Reimann anbetrifft, wenn Ihr nichts dagegen einzuwenden habt, Sachse, dann wünsche ich, daß er Degows Stelle erhält.“

„Gewiß, Herr Diedrich, mir ist es recht.“

„Danke. Er ist einer der ältesten Arbeiter, und ich möchte etwas für ihn tun.“

Der Unteraufseher nickte noch einmal. Genau genommen war er nicht so recht einverstanden. Der Betreffende hatte sich niemals durch Fleiß ausgezeichnet und sich nicht einmal des besten Rufes erfreut. Indessen hatte er immerhin eine lange Dienstzeit hinter sich und es lag kein Grund vor, ihm das Wohlwollen des Arbeitgeber zu schmälern.

Der letztere entfernte sich bald darauf, nachdem er noch eine Weile vergeblich auf Ritta gewartet hatte. So trug er nur dem Vater herzliche Grüße an dieselbe auf.

Die Brüsseler Konferenz.

Die Finanzkonferenz wird Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammentreten. Die Ausschüsse arbeiten inzwischen in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschlüsse. Die Arbeiten der Ausschüsse für öffentliche Finanzen, Wechsel und internationalen Handel sollen bereits weit fortgeschritten sein. Eine ermächtigte Persönlichkeit bestätigt, daß die Formalitäten, unter denen diese drei Kommissionen ihrem Ziele zustreben, theoretischen Charakters seien und in keiner Weise die Urheber verpflichteten. Habas glaubt zu wissen, daß man den Völkerverbund um Intervention bei den Regierungen zwecks gleichzeitigen Abbaues der Rüstungen gebeten habe; diese Angelegenheit werde aber in der von dem französischen Delegierten Celler präsidierten Kommission noch verhandelt, von der man greifbare Ergebnisse erwarte. Die Schaffung eines permanenten internationalen Finanzorganismus sei von der Konferenz anerkannt worden, und man suche jetzt nach den Modalitäten dieses Organismus. Es sei ganz wahrscheinlich, daß diese Errichtung der des internationalen Arbeitsbureaus entspreche, wie es in Genf tages.

Wie Habas aus Brüssel meldet, sei es jetzt schon fast sicher, daß die Finanzkonferenz sich für die Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus aussprechen wird, der unter dem Schutz des Völkerverbundes das Werk der Konferenz von Brüssel fortsetzen werde. Da die grundsätzliche Frage allgemein gutgeheißen werde, handle es sich darum, zu wissen, ob der Organismus vollständig neu geschaffen werde oder ob er etwas ähnliches wie das internationale Kontroll- und Emissionsinstitut, das der belgische Finanzminister Delacroix vorgeschlagen hat, sein solle, oder ob man, was die Engländer vorschreiben scheinen, den Organismus einfach durch den Ausbau und die Ausdehnung der Vollmachten der bereits bestehenden Finanzabteilung des Völkerverbundes bilden wolle. Man glaube, daß der letztere Vorschlag schließlich durchdringen werde.

Zur Tagesgeschichte.

Bayern und die Verfassung.

In einem Artikel über die bayerische Verfassung der Bayerischen Volkspartei nimmt die Berliner „Germania“ Stellung zu der Frage, ob die Weimarer Verfassung die Grundlagen des Reiches so festgelegt hat, daß sie in Bayern geltend gemacht werden. In den folgenden Ausführungen hat man zweifellos die gültigen Anschauungen der Reichsorganisation der Zentrumsgruppe zu erkennen. Sie lauten in ihren entscheidenden Sätzen:

Die Verfassung von Weimar hat mit der Vorherrschaft Preußens angetan. Die Behauptung, Deutschland sei durch die Verfassung von Weimar zu einem zentralistischen Einheitsstaat gemacht worden, ist falsch. Selbst der „Bayerische Kurier“ hat in seiner Nummer vom 12. September 1920 zugegeben, daß die neue Verfassung nicht einheitlich, sondern bundesstaatlich ist. An der Reichsleitung sind nunmehr auch Süddeutsche in starkem Maße beteiligt. Im jetzigen Kabinett Fehrenbach sitzen nur drei eigentliche Preußen. Dank der Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei und der Hilfe des Zentrums ist der föderalistische Gedanke in ihr festgehalten worden. Der Reichsrat kann gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze Einspruch erheben und hat größere Rechte, als der ehemalige Bundesrat. Die Verfassung von Weimar sucht durch eine Reihe von Bestimmungen die soziale Gerechtigkeit wieder herzustellen und die stark angewachsenen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeiter auszugleichen. Sie bringt ein neues soziales Recht der Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten, Schutzbestimmungen für die Gewerbetreibenden, ein soziales Bodenrecht und enthält weitere wertvolle Sicherungen lebenswichtiger Interessen von Kultur und Kirche. Auf dem Katholikentag in Würzburg am 15. September hat Justizrat Abgeordneter Dr. Vorsch unter Zustimmung zweier bayerischer Bischöfe ausgeführt: Die katholische Kirche in Deutschland ist so frei, wie nirgend anderswo und wie nie zuvor. Ebenso frei sind die übrigen Kirchen, allerdings auch der Unglaube.

Diese Ausführungen zeigen, daß die Anschuldigungen gegen die Verfassung von Weimar und diejenigen, die sie mitgeschaffen haben, aufgebauht oder tendenziös sind. Ohne den von dem alten Regiment während der Kriegszeit eingeführten Zentralismus in Berlin, das Verhalten der Kriegsgesellschaft und das Treiben der radikalen unabhängigen Sozialdemokraten dort würde vielen Anklagen gegen die Verfassung der Boden entzogen. Insofern bedeutet Berlin zurzeit eine Gefahr für Deutschland. Hoffentlich gelingt es der neuen Regierung, durch eine entschiedene radikalste Politik diese Gefahr zu bannen.

Die Schuld am Weltkriege.

Die ganze Ideologie des Friedensvertrages von Versailles, wie man jetzt in Ententezirkeln so schön sagt, geht davon aus, daß Deutschland vorbedacht aus Nachtgeheimen den Weltkrieg vom Zaune gebrochen habe. Mit dieser Unterstellung will man rechtfertigen, daß die 14 Punkte Wilsons, auf denen der durch den Waffenstillstand geschlossene Vorstoß sich aufbaute, in ihr Gegenteil verkehrt worden sind. Die sogenannte Professorenbeschriftung, die der Entente in Versailles überreicht wurde, führt dagegen aus, daß die deutsche Regierung zwar Fehler gemacht habe, ihr Ziel aber die Rettung des Weltfriedens gewesen sei. Professor Delbrück, einer der Verfasser der Denkschrift, hat sowohl dem französischen Geschichtsforscher Lavisse, wie dem amerikanischen Rechtsanwalt James M. Beck, der als bester Kenner der Kriegsausbruchsgeschichte in den Vereinigten Staaten gilt, zu einer öffentlichen Diskussion an einem neutralen Orte herausgefordert. Beide Herren haben abgelehnt. Professor Delbrück sieht darin mit Recht einen neuen Beweis, daß unsere Gegner der Diskussion über diese Fragen aus dem Wege gehen wollen. Er bittet die deutsche und die neutrale Presse, ihren Lesern davon Kenntnis zu geben. Wir müssen Herrn Professor Delbrück auch darin zustimmen, daß er die Auseinandersetzung über diese Fragen nicht einschließen lassen darf.

Die Entwaffnungsfaktion.

Dem Vertreter des Hamburger Fremdenlattes machte der in Hamburg anwesende Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung Peters Mitteilungen über das durchaus zufriedenstellende Resultat der eingeleiteten freiwilligen Ablieferung, wie es in allen Landesstellen und bei allen Schichten der Bevölkerung, wohl insoweit, Zusage von Strafrecht und Gewährung von

Beschleunigungspatrien zu vergleichen sei. Der Zeitpunkt, an dem die Grenzschutzeinheiten und Einwohnerwehren von ihrem Waffenbesitz abzugeben hätten, werde im Einvernehmen mit den Landesbehörden festgesetzt; schwere Waffen werden im Oktober eingezogen. Sobald die Frist verstrichen sei, werde man mit allen Mitteln, u. a. Durchsuchungen und durch Aussetzung beträchtlicher Belohnungen für Anzeige erstattende Personen, außerdem ohne alles Ansehen der Person die Erfassung verheimlichter Waffen erzwingen.

Sämtliche Truppenabwicklungsstellen.

sind mit d. m. 1. Oktober aufgelöst und den Abwicklungsämtern und Abwicklungsintendanturen der früheren Generalkommandos einverleibt worden. Seit 1. Oktober besteht in Deutschland 24 Abwicklungsintendanturen, die sämtlich ihren Sitz in den Orten der früheren Generalkommandos haben. Die Tätigkeit der Abwicklungsämter liegt ganz auf ökonomischem und wirtschaftlichem Gebiet, während die Abwicklungsintendanturen die Abrechnung, das Kassen- und Befoldungswesen führen. Die Auflösung der verschiedenen Truppenabwicklungsämter bringt für das Reich eine starke finanzielle Entlastung. Am 1. Oktober 1919 waren in den Abwicklungsämtern noch rund Hunderttausend Beamte und Angestellte tätig; diese Zahl ist dann am 1. April auf etwa 60 000 vermindert worden, heute werden in den Abwicklungsämtern insgesamt nur noch etwa 12 000 Beamte und Angestellte beschäftigt. Bei einer weiteren Verminderung des Personalbestandes ist zu rechnen.

Wirtschaftliche Beamtenforderungen.

Der Deutsche Beamtenbund veranstaltete am Sonntag in Berlin drei große Protestversammlungen gegen die Beamtenbefoldungsreform. Die Redner bezeichneten die Beamtenbefoldungsreform als Flied- und Stüchwerk, da mit ihrem Inkrafttreten, nachdem man vier Monate darüber beraten hätte, die Gehälter längst überholt wären. Heute lebten größere Beamtengruppen nur noch vom Vorschein, denn tatsächlich verdienten die Beamten nur halb soviel, wie ein Fabrikarbeiter. Bei der Verabschiedung des Nachtragsetats müsse daher den Beamten wenigstens das Existenzminimum gewährt werden. In allen Versammlungen wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der der Abbau der Lebensmittelpreise und Maßnahmen zur Verhütung des vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Volkswirtschaft gefordert werden.

Erzberger.

Verschiedene Blätter hatten gemeldet, daß der Abgeordnete Erzberger dem Reichsfinanzministerium wider den größten Teil seiner Tätigkeit widme, und daß er nicht mehr und nicht weniger als der spiritus rector des Reichsfinanzministers Dr. Wirth sei. Daran wurde die Vermutung geknüpft, Erzberger habe die Absicht, demnächst wieder in Staatsdienst zu treten. Auch der Umstand, daß Erzberger seine Wohnung wieder nach Berlin verlegt hat, wurde damit in Zusammenhang gebracht. Wie uns hierzu von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist an der Meldung kein wahres Wort. Erzberger habe nicht die Absicht, aus der von ihm bisher beobachteten Zurückhaltung herauszutreten. Die Vermutung, daß seine angebliche Tätigkeit mit den Plänen einer Zwangsanleihe in Zusammenhang steht, sei unso unbegründeter, als dieser Plan nicht erst jetzt, sondern schon vor einiger Zeit entstanden ist, als Erzberger überhaupt nicht in Berlin anwesend war.

Tagung des Sanjabundes.

Der Landesverband Südwest des Sanjabundes veranstaltete zur Herbstmesse in Frankfurt eine Tagung im Volksbildungsheim. Der Vorsitzende Bankier Hoheneimer begrüßte die Gäste. Weitere Ansprachen hielten Stadtrat Berner und namens der Stadt Frankfurt, Direktor Sutter für das Messium und Dr. Leckeb. Berlin. Kammerpräsident Dr. Kleefeld-Berlin, der sich durch seine Forschungen auf dem Gebiet der deutschen Übergangswirtschaft einen hervorragenden Namen erworben hat, sprach über: „Die Volkswirtschaft des deutschen Wiederaufbaus“. Im Anschluß hieran berichtete Generalsekretär Richard Baum über den Stand der Arbeiten für eine Gewerkschaft der Unternehmer.

Die Altersgrenze für die Beamten.

Der Hauptausschuß der preussischen Landesversammlung verhandelte über den Entwurf eines Gesetzes betr. Einführung einer Altersgrenze. Nach der Vorlage sollen unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrer mit dem 65. Lebensjahre in den Ruhestand treten, richterliche Beamte mit dem 68. Lebensjahre. Auf Antrag des Reichsministers kann das Staatsministerium bei richterlichen Beamten im Einzelfall bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres eine Ausnahme eintreten lassen. In der Besprechung verlangte Abg. Dr. Heinke (Ztr.) Material über die Wirkung des Gesetzes, insbesondere, wie hoch die finanzielle Belastung des Etats, wie groß die Zahl der zu verabschiedenden Beamten bei Annahme des Gesetzes sein würde, welchen Einfluß die Unterbringung der Beamten aus den besetzten Gebieten nach der finanziellen Seite ausüben würde, und in welchem Umfange Antworten bei Annahme des Gesetzes untergebracht werden. Abg. von Richter (D. Sp.) schließt sich im wesentlichen dieser Ansicht an und verlangt eine besondere Regelung für das Oberverwaltungsgericht, bei welchem alle Richter und Präsidenten zur Aufrechterhaltung der Beständigkeit der Rechtsprechung bleiben müssen. Abg. Kersch (Dem.) spricht sich für die Annahme des Gesetzes aus, ebenso Frau Dr. Wegscheider (Soz.). Der Finanzminister legte eine kurze Denkschrift über die finanzielle Tragweite dem Ausschuss vor. Abg. Dr. Köhler (Nat.) steht im allgemeinen dem Gesetz unfreundlich gegenüber, verlangt aber zur besseren Verteilung der Vorlage gleichfalls besseres Material. Zugunsten der Universitätsprofessoren verlangt er das 75. Lebensjahr als Altersgrenze, und außerdem wünscht er, daß das Gesetz erst am 1. Oktober 1921 in Kraft tritt, um so eine Erleichterung für die vom Gesetz betroffenen Beamten zu schaffen. Die Weiterverhandlung ist vertagt.

Ein Aufruf Wilsons.

In einem Aufruf an die Amerikaner anläßlich der bevorstehenden Präsidentenwahlen fordert Wilson zur Unterstützung des Völkerverbundes auf und erklärt, die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten auf Grund des Artikels 10 der Völkerverbündungen von anderen Nationen zu einem Kriege genötigt werden könnten, sei vollständig unrichtig. Nichts, was in den Völkerverbündungen stehe, hindere den Kongreß, den Krieg zu erklären oder nicht zu erklären.

Das Heer der Arbeitslosen wird kleiner.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen vom 1. 9. bis 15. 9. 1920 in geringem Umfange zurückgegangen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. September 305 898, der weiblichen Erwerbslosen 97 483, insgesamt 403 381 gegenüber 414 716 am 1. September und 411 615 am 15. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373 999 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden, ihre Zahl betrug am 1. September 386 935. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stand vom 1. August 1920.

Der Streik der Zeitungsangestellten.

Der Streik der Zeitungsangestellten geht weiter. Am Montag fand vor dem Schlichtungsausschuß eine Versammlung statt. Die Buchdrucker sowie das sonstige Personal erklärten sich mit den Angestellten solidarisch. Am Montagabend ist wieder ein großer Teil der bürgerlichen Zeitungen nicht bestellt worden. Die Zeitungsstände waren belagert und bald ausverkauft.

Die Kiesenbetriebe Mosse, Ullstein und Scherl sind durch den Streik nahezu lahmgelegt.

Nach einer Meldung des Wolff-Bureau soll es zwischen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten im Zeitungs- und Verlagswesen sowie dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenvereine und dem Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungs- und Verlagswesen Verhandlungen zu einem Vergleich gekommen sein, nachdem sich der Arbeitgeberverband verpflichtet, den Arbeitnehmern für November ein Drittel des Monatsgehalts als Voranschlag zu zahlen.

Der Held von der „Emden“.

Kapitänleutnant von Müde, der am Sonntag in Stuttgart einen Vortrag über seine Kriegserlebnisse hielt, teilt zu den Meldungen über seine angebliche Auswanderung nach Niederländisch-Indien mit, daß er niemals daran gedacht habe, auszuwandern. Unter Hinweis auf die an die Meldung angeknüpfte Bemerkung, er sei wegen der jetzigen Verhältnisse in Deutschland ausgewandert, sagte v. Müde: So schlecht können die Verhältnisse in Deutschland niemals werden, daß sie mich veranlassen könnten, meinem Vaterlande gegenüber schamlos zu werden.

Riga.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, ist in Riga eingetroffen, um für die russische Delegation die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen. Seine allgemein gehaltene Kennzeichnung der Sachlage läßt keine besondere Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß zu.

Die lettische Zeitung „Jaunatlas-Dinas“ berichtet, daß die russische Delegation ansetzt, nur die Frage der Grenzregelung schaffe ernste Schwierigkeiten, die Frage wegen Galizien und die Goldfrage bedeute keine Hindernisse.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Minister des Auswärtigen Sapieha, hat im Laufe einer Unterredung mit dem englischen Gesandten erklärt: Die polnische Armee hat augenblicklich nicht die Absicht, Litauen zu besetzen, denn Polen möchte die Frage der strittigen Gebiete mit Litauen auf freundschaftlichem Wege regeln. Die polnische Armee wird sich zu einem bewaffneten Einschreiten nur dann entschließen, wenn sich die Bolschewisten auf polnischem Gebiet befinden. Sapieha hofft, daß die polnisch-litauische Frage durch ein Kompromiß zu lösen ist.

Russisch-polnischer Krieg.

Bruch des Waffenstillstandes.

Die litauische Telephonagentur meldet: Die Polen überschritten mit einigen Divisionen nebst Artillerie und Kavallerie die Litauer bei Orany und besetzten nach heftigem Widerstande den Bahnhof. Beiderseits sind große Verluste zu verzeichnen. Die Polen setzten ihre Angriffe auch an anderen Orten fort. Bei den Verhandlungen in Suwalki verlangten die Polen eine Demarkationslinie westlich des Njemenflusses, die die Linie vom 8. Dezember zugunsten Litauens überschreitet, und zwar Drusienki — Grodno — Kereisch — Orany — östlich Njemen — Rastum, wobei die letztgenannten Ortschaften bei Polen verbleiben sollten. Außerdem verlangten sie freie Benutzung der Eisenbahnlinie von Suwalki über Ostia nach Orany. Die Litauer erklärten, diese Forderungen nicht annehmen zu können. Besonders ernste Bedenken wurden in bezug auf die für militärische Transporte verlangte Eisenbahnlinie Suwalki — Ostia — Orany geäußert, da dies eine schwere Verletzung der litauischen Neutralität bedeute und Komplikationen mit den Russen unvermeidlich zur Folge haben würde. Ohne das endgültige Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, griffen inzwischen die Polen mit starken Kräften Orany an, um auf diese Weise die litauische Delegation in Suwalki und die fünfjährige Kommission des Völkerverbundes vor vollendete Tatsachen zu stellen und durch Waffengewalt die Entscheidung zu ungunsten Litauens zu erzwingen. Dieser polnische Waffenstillstandsbruch bedeutet eine neue Verletzung der Enschlüsselung des Völkerverbundes und ist ein neuer Beweis für die rücksichtslose Eroberungspolitik Polens gegenüber Litauen.

Lenin über die russische Hungersnot.

Die „Pravda“ veröffentlicht einen Brief Lenins, in dem er allerenergtiche Maßnahmen gegen die Bauern, die ihr Getreide verbergen, fordert. „Das hungerrnde Zentralrussland“, schreibt Lenin, „hat trotz der neuen Ernte keine Erleichterung gefunden. Ja, noch mehr: die Sowjetrepublik hat sich noch nie in einer so schwierigen Ernährungssituation befunden, wie jetzt. Moskau und die übrigen Arbeiterzentren vergehen vor Hunger, das Heer macht eine furchtbare Ernährungsnot durch, die ihre Operationen lähmt. In der Provinz wird nicht planmäßig gearbeitet; es ist aber jetzt äußerste Kraftanstrengung, eine noch nie dagewesene Ausdauer in der Arbeit erforderlich. Alle Kräfte der Sowjets, der Parteien und der lokalen Organisationen müssen in den Dienst der Ernährungssicherung gestellt werden. Im Notfall müssen Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, um das überflüssige Getreide den Bauern zu entreißen. Diejenigen Bauern, die ihr Getreide verbergen, müssen verhaftet und in Konzentrationslagern interniert werden, um dort Zwangsarbeit zu leisten. Die verantwortlichen Sowjetbeamten, die sich der Pflichtvergeßlichkeit schuldig machen, müssen vor Gericht gestellt werden.“

Oberschlesien.

Der „Oberschlesische Kurier“ gibt einen Bericht aus dem „Observatore Romano“ wieder, wonach der Papst dem Völkerverbund in Paris ein Gesuch zur Genehmigung der Einreise-Erlaubnis für den Fürstbischof von Breslau, Kardinal Vertram, unterbreitet hat. Der „Observatore Romano“ fügt dieser Mitteilung hinzu, daß im Vatikan gegenüber dem Vorgehen der interalliierten Kommission gegen den Kirchenfürsten ernste Verstimmung herrsche. Man spricht die Ansicht aus, daß die interalliierte Kommission dem Fürstbischof großes Unrecht tue. Solange Oberschlesien nicht zu Polen gehöre, stehe es unter dem Verwaltungsbereich des Fürstbischofs.

Infolge des überaus mangelhaften Funktionierens des Bergbauapparates in dem Kohlenbecken von Sosnowice hat sich die Lage ganz besonders bei Sosnowice erheblich verschärft. Verhandlungen zwischen den Vertretern der Behörden und der Grubenarbeiter sind erfolglos verlaufen. Auf mehreren Gruben haben die Bergarbeiter bereits die Arbeit verlassen und es ist damit zu rechnen, daß sich die Bewegung auf das ganze Kohlenbecken ausbreiten wird.

Die Kriegsverbrecher.

Ueber das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher, denen Bestrafung die Entente befähigt von Deutschland im Friedensvertrage fordert, veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ von unterrichteter Seite Mitteilungen, denen zufolge das Entente-Entscheidungsorgan, das die Entente auf Vorschlägen von deutscher Seite ihre ursprüngliche Liste der Kriegsverbrecher abgeändert hat, hat sie eine kleinere Liste mit 45 Namen unter genauer Angabe der angeblichen Kriegsverbrechen überreicht. Auf Grund der Verhandlungen in Spa hat sich die Tätigkeit des Oberreichsanwalts und des Reichsgerichts zunächst darauf gerichtet, die in dieser Liste aufgeführten Straftaten aufzuklären. Der Oberreichsanwalt hat auf Grund der bisherigen Untersuchungen in 33 Fällen das Ersuchen an die Militärbehörden ergeben lassen, in denen unter Darlegung des ermittelten Sachbestandes und der deutschen Rechtsverhältnisse um Ueberlassung des im Auslande etwa vorhandenen Beweismaterials, um dessen Ergänzung und gerichtliche Vernehmung etwa noch vorhandener, bisher nicht vernommener Zeugen ersucht wird. In den übrigen Fällen stehen dem Verfahren zurzeit besonders eigenartige Schwierigkeiten entgegen. Nach dem Gange der Dinge besteht kein Zweifel, daß die deutsche Justiz das Vertrauen hat, die ganze Welt in sie sehr rechtfertigen und damit die Gefahr der Auslieferung deutscher Staatsbürger endgültig beseitigen wird.

Kleine Meldungen.

München. Der Prozeß gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger fand in spätmittagsstunden seinen Abschluß. Eisenberger wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die erstinstanzliche Urteilsverurteilung von drei Wochen wird ihm angerechnet.

München. Welche Bedeutung die Franzosen ihrer diplomatischen Vertretung in München beimessen, geht aus der Tatsache hervor, daß sie sich jetzt entschlossen haben, die Münchener Gesandtschaft in Bezug auf die Personalbesetzung wie eine Botschaft zu behandeln. Dementsprechend werden dem Gesandten Dard ein Legationsrat, zwei Legationssekretäre, ein Attache und ein Kanzleirat beigegeben.

München. Zwischen Bayern und Jugoslawien sind enge wirtschaftliche Beziehungen in die Wege geleitet. Schon vor Monaten hat die Reichsstaatsbankgesellschaft, Zweigstelle München, mit Jugoslawien Geschäftsabschlüsse erzielt, die in die Millionen gehen. Eine serbische Anordnung ist jetzt in München eingetroffen, um die inzwischen hergestellten Waren abzunehmen. Ein wie großes Vertrauen die Serben zu Deutschland haben, geht daraus hervor, daß Serbien bereits einen Millionenbetrag gezahlt hat, ohne bisher auch nur einen Knopf erhalten zu haben.

Brüssel. Eine durch die Gewerkschaften der Eisenbahner, Post-, Telefon- und Telegraphen-Angestellten unterstützten Versammlung hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Annahme des Achtstundentages verlangt wird, widrigenfalls das Personal in den Ausstand treten wird.

Paris. Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, ist in Paris eingetroffen.

Paris. Nach einer Radiomeldung hatte Cail্লাug beschäftigt, den Winter in Brüssel zuzubringen. Die Reise ist ihm unmöglich gemacht worden, da man Cail্লাug die verlangten Pässe verweigert habe.

Paris. Wie der Intransigant mitteilt, haben die Bauarbeiter in Nordfrankreich beschlossen, zugunsten des Wiederaufbaues täglich neun, ja sogar zehn Stunden zu arbeiten.

Haag. Der Brüsseler Presseverband gab den ausländischen Kollegen, die zu der internationalen Konferenz erschienen sind, ein Essen, von dem die Deutschen ausgeschlossen waren.

Haag. Washington, der Londoner Korrespondent der „Haagchen Post“, telegraphiert, daß von einem Aufgeben der Genfer Konferenz noch keine Rede sei. Die englische Regierung halte noch immer an diesem Gedanken fest. Er bilde augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen der englischen und französischen Regierung.

Warschau. Der Abteilungschef im polnischen Außenministerium Nizowski reiste im Auftrage seiner Regierung nach Paris, um dort an den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Korridorfrage teilzunehmen. In einer Unterredung, die der Korrespondent der „B. Z.“ mit ihm hatte, gewann er den Eindruck, daß man polnisch eine günstige Lösung dieser Frage nicht nur herbeiwünsche, sondern auch binnen kurzem erwarte.

Marseille. Hier traf seit dem Kriege der erste Dampfer mit russischem Getreide ein. Es ist eine Ladung von 4000 Tonnen Gerste, die von General Wrangel an die französische Regierung geschickt wurde. Weitere Zulieferungen werden erwartet.

Rio de Janeiro. In Rio de Janeiro ist unter der Bezeichnung Deutsche Zentrale ein Zusammenschluß der dortigen deutschen Vereine und Firmen erfolgt. Die Zentrale beabsichtigt, in Rio de Janeiro ein eigenes Gebäude zu erwerben, in dem die Beamten der Einwanderungsverwaltung, die Arbeitervermittlungsgesellschaft, der deutsche Hilfsverein und das Sekretariat des Verbandes deutsch-russischer Firmen, sowie Lesestube untergebracht werden sollen.

Mueriet Weishe...

Die Kriegsschulden betragen auf den Kopf der Bevölkerung in Frankreich 5100, England 4000, Deutschland 2700, Italien 2000, Vereinigte Staaten 1470. Bei Deutschland sind aber die Wiedergutmachungsschulden nicht mitgerechnet.

Eine merkwürdige Vorstellung vom Erdbeben haben die Kamtschadalen. Sie glauben, der Gott Tuil fahre ständig mit einem Hundschlitten unter der Erde herum, und wenn der Hund sich die Flöße abschüttelt, gibt es ein Erdbeben.

Nassau und Umgebung.

Nassau, 6. Okt.

Das Sommerabturnen der Turngemeinde Nassau hatte am vergangenen Sonntag sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden und mußte deshalb in der städtischen Turnhalle abgehalten werden. Nach einem Umzug der Turner unter Vorantritt einer Musikkapelle durch die Stadt begannen in der Turnhalle die allgemeinen Freiübungen, Stabübungen, Zöglingsspreisturnen, Schau- und Werbeturnen. Dagegen fanden die Fußballwettkämpfe auf dem Sportplatz „Brühl“ statt. Des Abends vereinigte man sich im Hotel Müller zu einem gutbesuchten flotten Turnabend, in dessen Verlauf ein Musterturnen, Keulen-, Stab- und Freiübungen unter Leitung des Turnwarts C. Buch durchgeführt wurden. Aber auch eine Barlosung fand ungeteilten Beifall bei den Anwesenden. Das Ergebnis des Zöglingsspreisturnen ist folgendes: 1. Preis Paul Höfer, 2. Preis Karl Kurz, 3. Preis August Hermann und Heinrich Steuber, 4. Preis Fritz Steinhäuser, 5. Preis Emil Urban, 6. Preis Werner Gaud, 7. Preis Emil Hehner und Emil Zimmerschied, 8. Preis Karl Fuhr, 9. Preis Emil Busch und Ludwig Floreth, 10. Preis Willi Frank, 11. Preis Karl Schmidt, 12. Preis Willi Steinhäuser, 13. Preis Max Grünbaum, 14. Preis Otto Fiedler, 15. Preis Theodor Kurz und August Kurz, 16. Hermann Born, 17. Rudolf Monreal, 18. Preis Hermann Gollhöfer. Die Sieger erhielten als äußeres Zeichen einen schlichten Lorbeerkranz. Möge die edle Turnkunst immer mehr in weite Kreise unserer Bevölkerung eindringen und in Gemeinschaft mit dem Sport zur Gefundung und Erstarbung unserer Jugend ihr bestes beitragen. Gut Heil!

Gesundheit ist des Lebens höchstes Gut! Nur der gesunde Mensch vermag sich dauernd seines Lebens zu freuen. Das möge sich vor allem die Jugend merken, für die es an der Zeit ist, den Körper so zu stärken und abzu härten, daß er den Stürmen des Lebens nicht vorzeitig zum Opfer fällt. Ihr Jünglinge und Jungfrauen, ihr seid des deutschen Volkes einzige Hoffnung für die Zukunft. Darum seid bestrebt nach wahrer Herzens- und Geistesbildung und nach edlen Sitten, seid nicht minder bestrebt nach Gesundheit, Kraft und Schönheit des Körpers. Gesundheit und Kraft werden am meisten gefördert durch die tägliche körperliche Arbeit. Und darin liegt der große Segen der Arbeit. Wo aber die tägliche Arbeit in ständigen Betrieben geleistet wird, wo durch die tägliche Arbeit nur einzelne Glieder kräftig entwickelt werden — und das ist bei den meisten Berufen der Fall — da müssen Turnen und Spiel ergänzend mitwirken um Herz und Lunge frisch, die Glieder gelenkig zu erhalten und den Körper harmonisch zur Entwicklung zu bringen. Darum ihr Eltern: gebt der Jugend Zeit für Turnen und Spiel; zeitlebens wird sie's euch danken. Aber mit der Erlaubnis zur Teilnahme daran ist es nicht getan zumal dann nicht, wenn sie nur widerstrebend gegeben wird. Ihr müßt teilnehmen an der turnerischen Entwicklung der Jugend, teilnehmen an ihren Erfolgen. Darum ihr Jünglinge und Jungfrauen tretet ein in einen der beiden hiesigen die Leibesübungen pflegenden Vereine, die Turngemeinde oder die Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“, zum Wohle eurer selbst und zum Segen des Ganzen.

11. Oktober: Obstmarkt in Nassau.

Bergn.-Scheuern. Hier gedenkt man auf dem Friedhof eine Ehrenstafel für die aus der Gemeinde gefallenen Kriegsteilnehmer aufzurichten. Auf der Höhe des Friedhofs soll unter schattigen Bäumen eine einfache Grotte aus einheimischen wuchtigen Steinen geschaffen werden, vor der sich die Ehrenstafel erheben soll. Der einfache, schlichte Stein trägt in goldenen Lettern die 19 Namen der treuen Gefallenen mit einem letzten Gruß der Kameraden und Ortsangehörigen. Eine Bank unter einem Trauerbaum lädt den ersten Besucher zur Rast ein, wenn er dankbar gedenkt der großen Taten seiner Krieger, die mit ihrem Herzblut die Heimat vor Kriegsschrecken und Zerstörung bewahrt haben. Man hofft, daß dieser Entwurf die Zustimmung der ganzen Gemeinde finden wird. Die Zeichnungen von der Anlage sollen allen Bürgern vorgelegt und Wünsche und Anregungen angenommen werden, da man etwas schaffen möchte, was alle befriedigt. Die Kosten der gedachten Anlage werden gewiß beträchtlich sein; doch sind wir sicher, daß dankbare Herzen und offene Hände sich genug finden, um ein würdiges Erinnerungszeichen für die tapferen Helden der Gemeinde zu schaffen.

Kriegsbeschädigte und Krankenkassen. Die Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Krankenkassen, bezüglich der Durchführung der Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten gemäß dem neuen Reichsversorgungsgesetz stehen kurz vor dem Abschluß. Sobald als möglich soll dann der Forderung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin, Große Frankfurter Str. 53 I, stattgegeben werden, diese besonders für die Schwerbeschädigten überaus wichtigen Bestimmungen in Vollzug zu setzen. Der Zentralverband hat die Reichsregierung wiederholt auf die traurige Lage dieser Kriegsverletzten hingewiesen, welche zwar aus dem Lazarett entlassen sind, aber noch lange sorgfältige ärztliche Behandlung und Arzneien, oft auch Badekuren oder Erholungsaufenthalte benötigen, um ihr aus dem Kriege mitgebrachtes Leiden zu heilen. Die spärlichen Renten sehen sie hierzu nicht instand, auch erscheint es als selbstverständliche Pflicht des Staates, die Heilbehandlung für diese Leiden zu übernehmen.

Nach Mitteilung der Handelskammer Limburg gibt die Handelskammer zu Berlin einen nach dem neuesten Stande berichteten Zusammenstellung der ausfuhrfreien Waren heraus. Interessenten können dieselbe zum Preise von Mk. — 40 und 10 Pfg. Porto von dem Verkehrsbüro der Handelskammer — Berlin C. 2, Klosterstraße 41 — gegen Voreinsendung des Betrages beziehen.

Ernt stenographieren!

Bekanntmachung.

Gemäß § 3 der Einführungsverordnung zur Reichsabgabenordnung bestimme ich für den Bereich des Landesfinanzamtsbezirks, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 die bisher von den kommunalen Umsatzsteuerämtern und Grunderwerbsbesteuerungsstellen befolgten Geschäfte der reichsrechtlichen Umsatz- und Grunderwerbssteuer auf die Finanzämter übergehen. Dieser Uebergang findet vorerst noch nicht statt bezüglich der Umsatzsteuerämtern und Grunderwerbsbesteuerungsstellen der Städte Cassel, Frankfurt a. M. und Wiesbaden.

Cassel, den 27. September 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamtes.

gez. Saemisch.

Die z, den 2. Oktober 1920.

Wird hiermit veröffentlicht mit dem Hinzufügen, daß die a) beim Kreisaußschuß für den Unterlahnkreis in Diez für die Landgemeinden des Kreises b) bei dem Magistrat in Diez, Ems und Nassau für die genannten Städte bisher eingerichtet gewesenen kommunalen Umsatzsteuerämtern und Grunderwerbsbesteuerungsstellen ihre Tätigkeit als solche am 1. d. Mts. eingestellt haben und die von denselben wahrgenommenen Geschäfte an das Finanzamt übergeleitet worden sind. Alle die genannten Steuerarten betreffenden Eingaben sind daher künftig „An das Finanzamt in Diez“ zu adressieren, während Einzahlungen auf die Grunderwerb- und Umsatzsteuer — auch wenn die Anforderung von jeder bisher zuständigen Stelle ergangen ist — nur an die Kasse des Finanzamtes vorzunehmen sind.

Der Vorstand des Finanzamtes.

J. A. Zimmermann.

Bekanntmachung.

Infolge Aufgabe des Fuhrbetriebes können wir neu verkaufen. Angebote werden bis 11. Oktober erbeten.

Nassau, den 4. Oktober 1920.

Der Magistrat: Unverzagt, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Herr Obst- und Weinbauinspektor Schilling wird zur Belehrung über die Mostuntersuchung auf Mostgewicht und Säure und die Mostverbesserung am Freitag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Nassauer Löwenbrauerei einen Vortrag verbunden mit praktischen Unterweisungen halten. Der Besuch des Vortrages ist kostenfrei. Zu zahlreicher Beteiligung wird hierdurch eingeladen.

Nassau, den 6. Oktober 1920.

Der Magistrat: Unverzagt, Beigeordneter.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau.

Weinzucker.

Ausgabe des Weinzuckers am Donnerstag, 7. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Rathshaushofe an die Besteller.

Fleisch.

Die abgelassenen Fleischkarten werden nicht erneuert. Fleischwaren sind im freien Handel erhältlich.

Teiggrauen.

In sämtlichen Kolonialwarenhandlungen sind Teiggrauen kartentfrei erhältlich. Preis 2 M pro Pfund.

Mahlkarte für Brotgetreide.

Die Mahlkarten Nr. 2 sind bis zum 10. Okt. auf dem Bürgermeisterramte, Zimmer 1, abzuholen.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Hochzeit sagen Allen herzlichsten Dank.

Karl Kios u. Frau

Lina, geb. Wolf.

Nassau, 4. Oktober 1920.

Sonntag, den 10. Oktober, von nachm. 4 Uhr ab,

zur Feier der Schweißhäuser Nachkirmes in den Räumen des Erholungsheims:

Grosse Tanzmusik.

Hierzu laden freundlichst ein

Wilh. Hinterwälder, Gastwirt,

Die Kirmesgesellschaft.

Stenographen-Verein „Gabelsberger“ Nassau-Lahn.

Am Donnerstag, den 7. Okt. 1920, beginnt ein

Stenographie-Anfänger-Lehrgang

nach dem deutschen System Gabelsberger im Vereinslokal (Nassauer Hof). Anmeldungen können bis zum 6. Okt. bei dem Unterzeichneten und bei Herrn E. Moser (Pfarrhaus) erfolgen.

Für den Vorstand:

Schaab.

Neuer, prima emailierter Stahlblechkeffel, 90 Liter Inhalt, 68 Ztm. lichte Weite, zu verkaufen. E. Frenz.

Vereinsnachrichten. Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“. Donnerstag, 5 1/2 Uhr: Fußball 1. und 2. Mannschaft.

Kleine Chronik.

Verabtes Postamt. Sechs maskierte Männer brachten in Hamburg im Postamt 6 den Geldschrank, dem sie für 220 000 Mark Wertpapiere und für 450 000 Mark Wertgegenstände entnahmen. Die Ermittlungen wurden sofort eingeleitet.

Verhafteter Bürgermeister. Der Bürgermeister Fröhner in Bitterfeld wurde auf Veranlassung der Halleschen Staatsanwaltschaft wegen Verbrechen wider das leibende Leben verhaftet.

Schnaps als Ersatz für Milch. Der Stadtrat München hat die Konzeptionsgesuch für eine Schnapsfabrik abgelehnt. Der Antrag ging an die Regierung von Oberbayern und kam zurück, befristet mit folgender Begründung: „Bei der gegenwärtigen Milchknappheit können die Arbeiter das gewohnte Frühstück nicht mehr einnehmen; deshalb müssen man ihnen in der Nähe ihrer Fabrik die Gelegenheit gönnen, daß sie morgens als Ersatz Schnaps fassen könnten!“

Schwindler. Ein angeblicher britischer Kriminalbeamter, der sich des Namens Alex Larsen bediente, revidierte in der Eisenbahn die Fahrgäste auf Zigaretten und nahm dabei große Beschläagnahmen vor. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß es sich um einen Schwindler handelte, der sich als der Schloffer Wilhelm Tausch von Darmen entpuppte. Er befindet sich in Haft.

Ein Denkmal auf der Loretohöhe. Auf der Loretohöhe, wo in den Jahren 1914 und 1915 etwa 100 000 französische und englische Soldaten gefallen sind, ist der Grundstein zu einem gewaltigen Gedächtnismal der furchtbaren Kämpfe gelegt worden. Nach den Plänen und Entwürfen wird es ein Riesendenkmal, aus dessen Mitte ein gewaltiger Turm zum Himmel ragen soll.

Tätlicher Angriff auf die Richter. Als in Frankfurt das Urteil gegen einige schwere Einbrecher verkündet wurde, sprang der Angeklagte Burt, gegen den das Urteil auf 1 1/2 Jahr Gefängnis lautete, aus der hinteren Anklagebank über die vordere Bank und über die Barriere und stürzte sich auf die Richter, auf die er unter Schreien einschlug. Die anwesenden Polizisten stürzten sich sofort auf ihn und rissen ihn zurück. Er konnte ihn jedoch erst überwältigen, nachdem er einen Schutzmann blutig und einem anderen zwei Zähne ausgeschlagen hatte. Burt wurde dann gefesselt und fortgebracht.

Ein 86-jähriger Schütze. Beim Münchener „Ersatz“-Oberfeldschützen erhielt den Alterspreis der 86 Jahre alte Kaver Bärle aus Weilheim, der bis jetzt wohl der älteste Schütze auf einem Oberfeldschützen gewesen sein dürfte. Leider mußte der noch jugendliche Mann, der beim Schießen sehr gut abschnitt, heute auf die früher so beliebte seidenen Fahne verzichten und sich mit einem „blauen Lappen“ begnügen.

Großfeuer auf Burg Elz. Mittwoch früh gegen 5 Uhr brach in der dem Grafen zu Elz gehörenden Burg Elz an der Mosel ein Kaminbrand aus, der mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Als die Feuerwehre des eine Stunde entfernt liegenden Städtchens Münstereifel an der Brandstätte eintraf, fand sie bereits ein riesiges Flammenmeer vor. Der Brand hat einen großen Teil der Burg zerstört. Von den kostbaren Einrichtungsgegenständen konnte u. a. auch die wertvolle Bibliothek gerettet werden. Der hohe, mannshoch gestaltete Burghaus war einer der besterhaltenen Deutschlands und vom jetzigen Besitzer im alten Stil renoviert und entsprechend mit kostbaren Altarmaturen und Möbeln ausgestattet, entstammend dem 13. bis 17. Jahrhundert.

Der Zauber der Kriegswitwe. Es ist festgestellt worden, daß in England allmonatlich 8000 Kriegswitwen heiraten. Sie brauchen dafür eine Million junger Mädchen um den Leibgeheuren. Dieser Tatbestand könnte vorerst unverständlich erscheinen, denn wie ist es möglich, muß man sich fragen, daß Witwen, deren Feuer durch Glück und Leid bereits kleiner brennt (nicht immer!), den jungen Mädchen den Rang ablaufen. Es ergeben sich aber schließlich mancherlei Gründe, die Licht in die Angelegenheit zu bringen geeignet sind. Zunächst: Die Kriegswitwe besitzt bereits, was einem jungen Mädchen in dieser Zeit schwer fallen sollte zu erringen, Einrichtung, Weisheit usw. Zum anderen, gerade der Umstand, der uns zuerst zu ihrem Nachteil zu sprechen schien, daß sie bereits alle Erfahrungen eines „aller Anfang ist schwer“ hinter sich hat, wird ihr zum Vorteil. Sie wird wissen, wie der Mann zu „behandeln“ ist (nach dem berühmten Rezept einer jungen Pariserin: Hüte ihn etc.), sie wird sich vor den Fesseln, an denen junge Ehen scheitern, zu hüten wissen. Zum Dritten: Gesellschaftliche Konventionen sind ihr nicht in dem Maße auferlegt wie dem jungen Mädchen. Die Witwe kann ihren Zukünftigen bei sich zu Hause empfangen, sie kann mit ihm ins Restaurant gehen, es „gibt sich“ alles viel leichter. So mag denn der Zauber der Kriegswitwe jetzt wohl begründet erscheinen.

Ausnutzung der Wohnungsnot. Bekanntlich ist es seit langer Zeit in den meisten Ländern, in denen Wohnungsnot herrscht, nicht mehr möglich, die Mietpreise beliebig in die Höhe zu schrauben. Aber diejenigen, die die Not ausnützen wollen, haben noch immer treffliche Gelegenheiten dazu. Was sagt man zum Beispiel zu folgender Angelei:

„Zunehmend Wohnung, Mietpreis 2400 Mark, in guter Lage wird nachgewiesen, wenn Wohnungsbau mit übernommen wird. Preis 85 000 Mark.“

Damit ist natürlich die Vorschrift bequem umgangen. Zumeist handelt es sich bei diesen „Wohnungsbau“, die mit übernommen werden müssen — denn diese Angelei ist nicht einzig dastehend — um ganz wertlose Möbel, richtigen Schund. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir darauf hinweisen, daß umfangreiche Schwindelschäfte heute aufgrund dieser oder ähnlicher Angeleien betrieben werden. Wer eine Wohnung haben will, der muß zuerst für wertlose Möbel unnötige Summen bezahlen. Am schlimmsten geht es in dieser Hinsicht in London Westend zu. Wer nicht über entsprechendes Kapital verfügt, der kann sich überhaupt keine Wohnung mehr leisten.

Zur Kartoffelversorgung.

Ein Mahnwort an die Erzeuger und Verbraucher.

Als im vorigen Jahre die Zwangswirtschaft der Kartoffeln trotz der zufriedenstellenden Ernte kläglich flasko gemacht hatte, so daß die Bevölkerung der großen Städte mit diesem so wichtigen Nahrungsmittel kaum notdürftig versorgt werden konnte, während im Frühjahr 1920 auf einmal Kar-

toffeln in großen Mengen wieder auf dem Markte erschienen, sah sich der Deutsche Städtetag veranlaßt, von der Reichsregierung für das neue Wirtschaftsjahr zur Ernährung der Bevölkerung gefällige Garantien zu verlangen, für die Sicherstellung einer Mindestmenge an Kartoffeln. Die Reichsregierung entsandte diesem Verlangen. Durch Erlass der Verordnung vom 21. Mai 1920 sollen auf genossenschaftlichem Wege insgesamt 120 Millionen Zentner Kartoffeln für das Reich im Umlageverfahren auf die Anbaufläche verteilt, aufgebracht und den Bedarfsländern zugeführt werden, so daß jede versorgungsberechtigte Person einen Anspruch auf die Lieferung von mindestens 3 Zentner Kartoffeln erhält. Die über diese Sicherstellung hinausgehende Kartoffelmengen sollten der freien Wirtschaft zugeführt werden. Im Interesse der Steigerung des Kartoffelanbaues, der in den letzten Jahren merklich zurückgegangen war, hatte die Regierung nach Anhörung der beteiligten Kreise, insbesondere auch der Arbeiterorganisationen durch eine Verordnung vom 20. März d. J. der Landwirtschaft einen Kartoffelmindestpreis von Mk. 25 garantiert, der noch eine Steigerung erfuhr, durch die Verordnung über die öffentl. Bewirtschaftung der Kartoffeln um weitere Mk. 5 Lieferungszulag u. um 1,75 Mk. Provision für d. Aufkaufstätigkeit d. Genossenschaften, so daß für die sogenannten Vertragskartoffeln sich ein Preis von 31,75 Mk. ergab. Die Verordnung vom 21. Mai 1920 über die neue Bewirtschaftung der Kartoffeln schlug fehl. Auffallenderweise waren es gerade die Großstädte, die mit ihren Bestellungen zurückhielten, so daß von der zu erwartenden Jahresmenge von 120 Millionen Zentner kaum 1/2 befördert und aufgebraucht wurde. Die Städte fürchteten das finanzielle Risiko, indem sie annahmen, daß die freien Kartoffeln auf dem Markte zu billigeren Preisen angeboten würden und sie — die Städte — auf den teureren Vertragskartoffeln sitzen bleiben würden. Das Reichswirtschaftsministerium war jedoch gezwungen, andere Maßnahmen zu treffen. Unter dem Druck der Verhältnisse entschloß es sich zur Aufhebung der Zwangswirtschaft in Kartoffeln. Dieser Entschluß hatte die Aufhebung der Verordnung vom 21. Mai 1920 zur Folge und damit auch der Bestimmung über die Sicherstellung und Preisgestaltung der Vertragskartoffeln. Die Verordnung wurde auch aufgehoben, aber die Bestimmung über die Abnahme der Vertragskartoffeln blieb aufrecht erhalten, ein Novum in der rechtlichen Handhabung der Gesetzgebung. Diejenigen Kreise, die in gutem Glauben, daß die ganze Verordnung durchgeführt würde, ihren Kartoffelbedarf bestellt hatten, sind zur Abnahme verpflichtet, während alle andere Kreise, namentlich die Stadtkreise, die nicht bestellt hatten, jetzt völlig freie Hand behalten. Gegen diese eigenartige Handhabung von gesetzlichen Vorschriften ist bereits energischer Protest erhoben worden. Immerhin steht fest, daß die Zwangswirtschaft ihr Ende erreicht hat und die Kartoffel der diesjährigen Ernte frei ist, d. h. daß jedermann das Recht hat, seinen Kartoffelbedarf zu decken, wie und wo er will und daß die beherrschende Hand aus dieser Bewirtschaftung zu verschwinden hat. Es sollte sich also die Versorgung wieder ganz so vollziehen, wie in früherer Zeit, also vor dem Kriege. Es kam anders. Zuerst setzte eine sehr scharfe Bewegung gegen den hohen Preis ein, die in vielen Versammlungen der Verbraucher Gegenstand ersterer Auseinandersetzung war. Gar bald wurde der Ruf nach den Behörden, dem Landrat, dem Bürgermeister wieder laut, denen man begreiflich machte, daß sie trotz Aufhebung der Zwangswirtschaft für die Versorgung der Bevölkerung doch verantwortlich blieben. Bei dem Auseinanderprallen der Meinungen und der immer größer werdenden Kluft zwischen Erzeuger und Verbraucher wurde es schließlich Pflicht der Behörde vermittelnd einzugreifen und die Versorgung in geregelte Bahnen zu leiten, eine undankbare Aufgabe, noch dazu ohne gesetzliche Legitimation. Am schwierigsten waren die Verhandlungen zur Erzielung eines vernünftigen Preises. Die Landwirte verlangten den gezeigten für sie festgelegten Mindestpreis und das Festhalten an den Vertragskartoffeln. Die Verbraucher verlangten einen wesentlich niedrigeren Preis und eine Versorgung der Minderbemittelten. Die Erzielung einer Vereinigung wurde wesentlich dadurch erschwert, daß einzelne Verbraucherkreise freiwillig Kartoffelpreise boten, die weit über den erwünschten Preis hinausgingen. Am 28. September gelang es endlich zu einer verständigen Vereinbarung zu kommen und zwar zu einem Einheitspreis für alle in die Versorgung gehenden Kartoffeln von Mk. 25 pro Zentner und es gelang von der Kreisbauernschaft das Versprechen zu erhalten, die Kreisbevölkerung aus der vorhandenen Produktion vorweg zu versorgen. Es waren Vertreter der Bauernschaft selber, die in dieser Versammlung den Antrag stellten, auch die Vertragskartoffeln fallen zu lassen und sie in den Einheitspreis von 25 Mark einzuschließen. Diese Konzeption war durchaus gerechtfertigt denjenigen Kreisen gegenüber, die den Preis auf 20–23 Mark pro Zentner festgelegt hatten. Jeder Doppelpreis erschwerte die Versorgung. Alles atmete auf. Die Kartoffeln begannen zu rollen und man konnte die Erwartung hegen, daß sich die Versorgung im Unterhakenkreise ungehindert vollziehen werde. Dennoch treten nunmehr neue Schwierigkeiten ein, indem ein Teil der Verbraucher ohne Rücksicht auf die getroffene Vereinbarung heute noch einen Preis von Mk. 30 und mehr für den Zentner Kartoffel bietet und bezahlt. Auf der anderen Seite ist es ein Teil der Erzeuger, der sich auf die freie Wirtschaft beruft und glaubt an das Abkommen vom 28. September nicht gebunden zu sein, vielmehr das gute Recht zu haben, zum mindestens die abgeschlossenen Verträge zu verlangen. Hinter die getroffene Vereinbarung kann naturgemäß ein gesetzlicher Zwang nicht gesetzt werden. Die Behörde hat ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Wenn jetzt einzelne Glieder der Bevölkerung die getroffene Vereinbarung zu durchkreuzen suchen, so tragen sie eine furchtbare Verantwortung. Bricht die Versorgung jetzt zusammen, dann sind sie allein es, die den Vorwurf und die Schuld trifft. Alle freie Vereinbarungen sind zwecklos, wenn sie nicht von dem guten Willen der Bevölkerung getragen werden. Noch ist es Zeit den Weg der Vernunft einzuschlagen. 25 Mark ist ein anständiger Preis, fast das Dreifache des vorjährigen Preises. Die Landwirte sind an der Reiche nunmehr zu beweisen, daß es ihnen ernst ist, mit der Versorgung ihrer Mitmenschen. Die Verbraucher müssen endlich das Gefühl der Zugehörigkeit, auch in einem solidarisch übereinstimmenden Verhalten in dieser wichtigen Frage beweisen. Der Winter steht vor der Tür. Die Kartoffel ist das wichtigste Nahrungsmittel. Unsägliche Not wird heraufbeschworen, wenn sie zurückgehalten oder nach auswärts verworfen wird. Aus dieser Not entsteht der Kampf, ein Kampf gegen den Hunger der keine Grenzen kennt. Noch ist es Zeit. Möge der Ruf an alle Landwirte und an alle Verbraucher, das im Interesse der gesamten Bevölkerung getroffene Abkommen zu respektieren und in einheitlichem Willen durchzuführen, nicht unerhört verhallen.

Schließlich sei nicht verkannt, den Appell an alle Erzeuger zu richten, den von der Not der Zeit hart Betroffenen die Kartoffeln zu möglichst niedrigen Preisen zukommen zu lassen, und damit nun wieder zu beweisen, daß die Landwirtschaft auch ein Herz für ihre notleidenden Mitmenschen hat.

lassen, und damit nun wieder zu beweisen, daß die Landwirtschaft auch ein Herz für ihre notleidenden Mitmenschen hat.

Turnverein Bergnassau = Scheuern.

Samstag, den 9. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Mitglied A. Schrupp (Goldenes Jäh).

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollständiges und pünktliches Erscheinen aller aktiven und inaktiven Mitglieder erwartet.

Der Vorstand.

Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Nassau.

Mittwoch, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gasthaus „Zum Hirsch“:

1. Besprechung wichtiger landwirtschaftl. Angelegenheiten.

2. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.

Der Vorstand.

S. B. D., Ortsgruppe Nassau.

Donnerstag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche Versammlung

bei Mitglied Pape (Zur Traube).

Tagesordnung: 1. Die Bürgermeisterwahl.

2. Aussprache über die letzte öffentliche Versammlung.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Öffentliche Verpachtung.

Im Auftrage des Herrn Ingenieurs Hugo Jerusalem in Bergnassau werde ich dessen in der Gemarkung Nassau belegenen

Grundstücke (ohne Obstertrag)

am Mittwoch, den 6. Okt. 1920, abends 8 1/2 Uhr, in der Gastwirtschaft Leicher mit Stägigem Zuschlagsvorbehalt auf 6 Jahre zur Anpachtung ausbieten.

Der Notar: Gies.

ZAHN - PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1-

Sprechstunden jeden Werktag ausser Sonntag

von 9-12 u. 3-6 Uhr

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-

Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgrasse 7

Lieferung gediegener

Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-

Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte

Teilausschüttung ohne Preiserhöhung gestattet

Teilausschüttung in Nassau a. d. R. bei:

Tapeziermeister Carl Peholdt

Größte Auswahl!

Billigste Preise!

Glasierete Wandplatten

Bodenplatten

einfarbig und schöne bunte Muster.

Stapplatten, Tonrohre, weiß- u. glasierte

Spülsteine.

Emil Köbig, Wiesbaden, Adelsbühlstr. 54

Verlegen durch geübte Plattenleger.

Prompte, zuverlässige Lieferung auch der kleinsten Mengen.

Günstige Gelegenheiten für Wiederverkäufer.

Frauen

keine Angst

bei Ausbleiben und Störung der

monatlichen

Regel.

Nur meine unübertroffenen wir-

samen Spezial-Mittel bringen in-

nen einzig u. allein Hilfe. Erhö-

vielfach schon in einigen Stunden

ohne Berufsstörung. Unschädlich

Garantie in jedem Falle. Geld

zurück. Fast jede Frau dankt mir

von ganzem Herzen. Fassen Sie

auch noch einmal Mut u. brauchen

mein anerkannt gutes Mittel. Auch

Sie werden mir dankbar u. über

Sorgen entbunden sein. Teiles Sie

mir mit wie lange Sie zu klagen

haben. Diskr. Versand.

Fr. Steeger, Hamburg.

Altonastr. 20a.

Frau K. schreibt: Ihre Mittel sind

wirklich ein Segen f. die Mensch-

heit. Sie können Wunder tun und

sind ein wahrer Helfer in d. Not.

Husten, Niemenol.

Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden gerne

umsonst, womit ich mich von

meinem schweren Lungenleiden

selbst befreite.

Zollausseher Osburg.

Mühlberg a. Elbe. R. 7.

Nach bei Hautjucken, Flechten,

Krätze, offenen Beinegeschwüren

gerne umsonst Auskunft. Rück-

marke erwünscht.